

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER SPD HALLE (SAALE)

SEITEN 2-6

BUNDESTAGSWAHL 2013

Auswertung und Perspektiven

SEITE 9

STADTFREUNDSCHAFT

Jusos Halle besuchen Karlsruhe

SEITE 10

10 MONATE IM AMT

Oberbürgermeister im Interview

INHALT

IM BLICK.PUNKT

SEITE 02: Perspektiven nach der Wahl

SEITE 03: Wahlanalyse

SEITE 04: Zukunftsaufgaben für die SPD

SEITE 05: Team Karamba

SEITE 06: Kommentar & Erfahrungsbericht

EIN.BLICK

SEITE 07: Aus dem Stadtvorstand

SEITE 08: Aus der Ratsfraktion

SEITE 09: Jusos besuchen Karlsruhe

ÜBER.BLICK

SEITE 10: OB Wiegand im Interview

SEITE 12: Sackgasse Kürzungsdiktat

IMPRESSUM

blick.punkt

Mitgliederzeitschrift der SPD Halle (Saale)
Große Märkerstraße 6 | 06108 Halle (Saale)
blickpunkt-halle@googlegroups.com
www.blickpunkt-halle.de

Herausgeber

SPD-Stadtvorstand Halle (Saale)

V. i. S. d. P.

Katja Pähle, SPD-Stadtvorsitzende

Redaktion

Marcus Schlegelmilch (Ltg.) | Thomas Stimpel (Ltg.)
Oliver Hartung | Katharina Hintz
Andrej Stephan | Marcel Thau | Christian Weinert

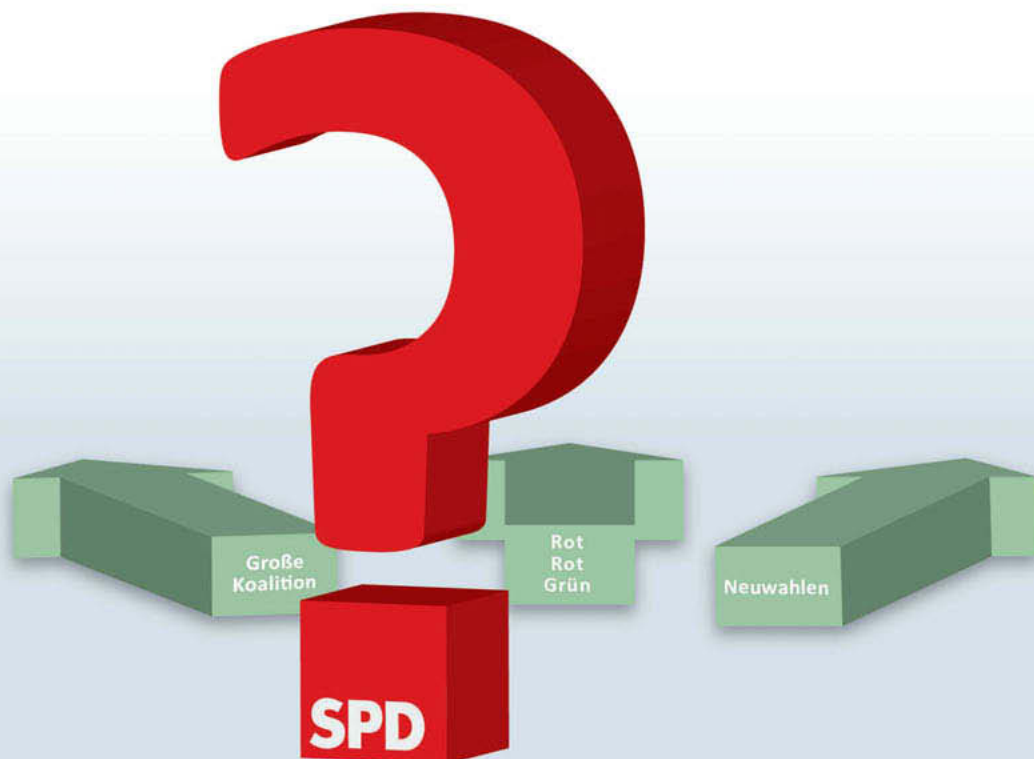
Druck

Druckerei Teichmann Halle

Einschränkungen

Die Beiträge geben die private Meinung der Autor_innen wieder und sind nicht zwangsläufig mit der Meinung der SPD identisch. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingesandte Texte zu bearbeiten und ggf. nur auszugsweise abzdrukken. Die Vervielfältigung ist unter Verwendung eines vollständigen Quellenverweises gestattet. Die Rechte an Wort und Bild liegen – sofern nicht anders ausgewiesen – beim SPD-Stadtverband Halle (Saale).

Ergebnis offen?



„FARBENSPIELE“

PERSPEKTIVEN NACH DER WAHL

BUNDESTAGSWAHL 2013. Der 22. September 2013 ist Geschichte; ebenso die Wahl des 18. Deutschen Bundestags. Die CDU hat die Wahl mit deutlichen Zugewinnen für sich entscheiden können; unser Ziel „Rot-Grün“ haben wir ebenso deutlich verfehlt. Aber: Ohne einen Koalitionspartner, kann auch die CDU nicht regieren. Und weiter: Wie gehen wir mit unserem Ergebnis um?

>> von Karamba Diaby, Mitglied des Bundestages

TROTZ vieler sehr engagierter Unterstützerinnen und Unterstützer, trotz klarer und vor allem realistischer politischer Inhalte und Ziele, trotz eines fulminanten Endspurts im Wahlkampf: Wir haben die Wahl nicht gewonnen. Diese harte Wahrheit müssen wir ehrlich aussprechen. Ja, unser Wahlkreis hat wieder ein Bundestagsmandat und ja, wir haben dank der Neuerungen im Wahlrecht über die Ausgleichsmandate einen Sitz für die SPD Sachsen-Anhalts hinzugewonnen. Aber: Wir haben in Sachsen-Anhalt kein Direktmandat geholt; wir haben im Land weiterhin ein Zweitstimmenergebnis unter 20 Prozent; auf Bundesebene konnten wir uns in den Zweitstimmen um lediglich 2,7 Prozent verbessern; und abgesehen von einigen roten, vier violetten und einem grünen Farbtupfer ist die Wahlkreiskarte Deutschlands, die Auskunft über die errungenen Direktmandate gibt, schwarz.

Woran könnte es liegen, dass wir es in den vergangenen vier Jahren sowie im Wahlkampf nicht geschafft haben, mehr Wählerinnen und Wähler von uns und unseren politischen Zielen zu überzeugen? An den Inhalten lag es m.E. nicht. Wir sind mit klaren und – bezüglich ihrer Umsetzbarkeit – realistischen Zielen und Aussagen in den Wahlkampf gezogen. Wir haben genau die Aspekte angesprochen, die dringend reformiert werden müssen: Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen, Rente, Bildung, Steuerwesen. Wir haben nichts versprochen, was wir in einer rot-grünen Regierung nicht auch hätten umsetzen können.

Aber, und das ist nach meinem Empfinden das derzeitige Kernproblem der Sozialdemokratie: Die Wählerinnen und Wähler vertrauen uns nicht mehr. Insbesondere in Ostdeutschland hat die SPD massiv an Glaubwürdigkeit verloren. Viele Menschen empfinden sich als Verlierer der strukturellen Umbrüche nach der Wende (z.B. in Fragen der Berufsperspektive oder der Rente). Mit Blick auf die Agenda 2010 – das haben mir viele Diskussionen an Infoständen oder auf Podien gezeigt – fallen die Reaktionen noch immer sehr deutlich aus. Nicht dass ich die Reform grundsätzlich in Frage stel-

len würde. Aber wir haben es nicht geschafft, ihre positiven Auswirkungen hervor- und unsere Versäumnisse rechtzeitig zu beheben (z.B. Einführung eines Mindestlohns, Regulierung der Zeitarbeit). Mit Blick auf unser Bundesland muss zudem festgehalten werden, dass die notwendige, aber in ihrer Art und Weise unsäglich geführte Debatte um den Haushalt und die damit verbundenen Kürzungspläne die Position der SPD alles andere als gestärkt haben – wohingegen diese Diskussion interessanterweise der CDU anscheinend nichts anhaben konnte. Auch in diesem Punkt gibt es hinsichtlich der inner- und außerparteilichen Kommunikation deutliche Verbesserungspotenziale.

Nichtsdestotrotz müssen wir nun einen Umgang mit den schlechten Wahlergebnissen finden. Da das bürgerlich-konservative Lager von CDU und CSU (311 Sitze) aufgrund der Ausgleichsmandate die absolute Mehrheit verpasst hat (SPD: 193 Sitze; DIE LINKE: 64 Sitze; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 63 Sitze), stellt sich nun die Koalitionsfrage. Große Koalition? Schwarz-Grün? Rot-Rot-Grün? Schwarze oder auch rot-grüne Minderheitsregierung? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Eine Große Koalition mit der SPD als Juniorpartner ist nicht erstrebenswert. Von regieren „auf Augenhöhe“ kann in diesem Fall nicht die Rede sein, da unsere Verhandlungsposition schwächer ist als 2005. Und wie sollen wir das Vertrauen der Menschen wiedererlangen, wenn wir unsere Kernforderungen nicht umsetzen können? Die Positionen beider Lager sind derzeit zu weit auseinander. Im Falle der Großen Koalition würde beide Seiten viele Federn lassen müssen – für die SPD könnte das desaströs enden.

Schwarz-Grün? Damit schieben wir das faule Ei nur unserem Wunschkoalitionspartner zu – und wie lange solch ein Bündnis hält, ist angesichts der Hamburger Erfahrungen fraglich. Rot-Rot-Grün? Mittel- und langfristig müssen wir Sozialdemokratinnen und -demokraten unser Verhältnis zur LINKEN überdenken. Hinsichtlich zentraler Themen wie bspw. Arbeit und soziale Gerechtig-

keit gibt es durchaus Schnittmengen, die eine Diskussionsgrundlage für gemeinsame Politiken sein können. Aber abgesehen von den Richtungskämpfen innerhalb der LINKEN, die derzeit eine verlässliche Koalition auf Bundesebene nicht möglich erscheinen lassen, stehen sich unsere Positionen z.B. auch in außenpolitischen Fragen diametral gegenüber. Derzeit erscheint mir diese Variante deshalb nicht tragfähig.

Last but not least bleibt die Option der Minderheitsregierung. Mit Blick auf die anstehenden Probleme wie z.B. Aufhebung des Kooperationsverbotes, dass in Bundestag und Bundesrat einer zwei Drittelmehrheit bedarf, bedeutet eine um ein Vielfaches erschwerte Suche nach politischen Mehrheiten wohl eher Stillstand. Solche Grundsatzfragen lassen sich nur schwerlich ohne eine gesicherte Mehrheit im Bundestag lösen.

Die Frage nach der Regierungsmehrheit ist damit nicht geklärt. Vielmehr zeigt diese knappe Darstellung, vor welcher Herausforderung wir mit Blick auf die Regierungsbildung stehen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Sozialdemokratie klare Punkte benennt, die erfüllt werden müssen, damit wir eine Koalition befürworten. Diese Schwerpunkte sind die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro, die Reformierung des Rentensystems und damit verbunden die Angleichung der Renten, die Abschaffung des Kooperationsverbotes, die Abschaffung des Betreuungsgeldes, die Regulierung der Leiharbeit sowie die Verabschiedung eines Entgeltgleichheitsgesetzes, der konsequente Schuldenabbau und nicht zuletzt die Erhöhung der Investitionen im Bildungsbereich. Zur Finanzierung der Bildungsinvestitionen und zum Abbau der Schulden müssen zudem hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuert werden. Wenn es überhaupt mit uns zu einer Regierungsbildung kommen soll, müssen diese Punkte Einzug in den Koalitionsvertrag finden.

Neben der Diskussion um die Re-

(Fortsetzung auf nächster Seite.)



INHALT: RANDSPALTEN

- S.03: Red.ACTION – Hausmitteilg.
- S.04,05: Bilder Wahlkampf
- S.06: Bericht – CSD 2013
- S.07: Auf.TAKT – V. Schwerdtner
- S.08: SPD vor Ort – Alltagsrassism.
- S.09: SPD vor Ort – Asylrecht
- S.10: Straßen.Schild – Kirchnerstr.
- S.11 f.: Adressen & Kontakte

INFO: DIE REDAKTION

LEITUNG:

- >> Marcus Schlegelmilch
- >> Thomas Stimpel

IM BLICK.PUNKT:

- >> Marcus Schlegelmilch
- >> Thomas Stimpel
- >> Christian Weinert

EIN.BLICK:

- >> Oliver Hartung

ÜBERBLICK:

- >> Andrej Stephan
- >> Katharina Hintz

AM RANDE:

- >> Marcel Thau

SATZ & LAYOUT:

- >> Oliver Hartung

LEKTORAT:

- >> Oliver Hartung
- >> Thomas Stimpel

Red
ACTIONLIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,

das wichtigste bundespolitische Ereignis dieses Jahres ist Geschichte. Die Wahl des 18. Deutschen Bundestages hat die politische Landschaft auf Bundesebene deutlich verändert. Nicht nur dass die FDP erstmals nicht im Bundestag vertreten ist und dass die AfD beinahe eingezogen wäre; das beste Ergebnis des bürgerlich-konservativen Lagers seit 20 Jahren einerseits und das bescheidene Abschneiden von SPD, GRÜNEN und LINKEN andererseits stellen die Regierungsbildung vor eine große Herausforderung. „Im Blick.Punkt“ der Ausgabe werden deshalb aus verschiedenen Blickwinkeln sowohl den Wahlkampf als auch die Wahl selbst analysiert. Zudem werden Perspektiven im Umgang mit dem Ergebnis sowie mögliche Strategien für die anstehende Legislaturperiode aufgezeigt.

Im „Ein.blick“ geht es dieses Mal zunächst um die Kooperation der Jusos aus Halle mit den Jusos in Karlsruhe. Außerdem nutzt unsere ehemalige Stadtvorsitzende die Möglichkeit für ein Resümee über die zwei arbeitsreichen Jahre des letzten Stadtvorstandes. Die Stadtratsfraktion wird angesichts des Hochwassers und den dadurch entstandenen Schäden ihre Position im Bereich Hochwasserschutz verdeutlichen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist auch in dieser Ausgabe die Haushaltsdebatte auf Landesebene, zu der ein Autorenteam Stellung beziehen wird. Nicht zuletzt ermöglichen wir unserem Oberbürgermeister Bernd Wiegand nach 10-monatiger Amtszeit auf verschiedene Fragen Antworten zu geben.

Im Namen der „blick.punkt“-Redaktion wünschen wir Euch eine anregende Lektüre

MARCUS SCHLEGELMILCH &
THOMAS STIMPEL

FORTSETZUNG VON SEITE 2:

gierungsbildung und die Umsetzungszentraler sozialdemokratischer Forderungen müssen wir aber weitere – innerparteiliche – Baustellen bearbeiten. Am 12. Oktober 2013 stand die Wahl des neuen Stadtvorstandes an. Der künftige Vorstand steht nach meinem Dafürhalten vor zwei wesentlichen Aufgaben: Zum einen ist dies die inhaltliche und personelle Vorbereitung der Kommunal- und Europawahl am 25. Mai 2014. Zum anderen müssen wir unsere Partei wieder fest in der Region verankern. Wir müssen Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern neu erwerben – erst dann besteht die Möglichkeit, sie von unseren Inhalten zu überzeugen. Nur wenn uns das gelingt, haben wir die Chance, auch gestärkt

aus den anstehenden Wahlen hervorzugehen.

Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe für mich als Bundestagsabgeordneter. Mittels einer zielgerichteten und kontinuierlichen Wahlkreisbetreuung werde ich in Absprache mit dem neuen Stadtvorstand dazu beitragen, die Kommunikation mit den Menschen in unserer Stadt, unserem Wahlkreis und darüber hinaus wieder zu verbessern. Aber diese Strukturen müssen erst wieder aufgebaut werden. Vier Jahre ohne ein SPD-Bundestagsmandat zwingen uns in diesem Punkt dazu, fast von vorn anzufangen. Aber diese Aufgabe ist zu schaffen.

Wir haben gemeinsam gezeigt, dass wir trotz der schwierigen Aus-

gangslage für diese Wahl zusammenstehen und nicht den Kopf in den Sand stecken. Das ist übrigens der Punkt, der mich schon immer an der SPD fasziniert hat. Wir haben in unserer 150-jährigen Geschichte eine Vielzahl an schwierigen Situationen gemeistert. Immer wieder sind wir aufgestanden und haben für unsere Werte „Freiheit, Solidarität & Gerechtigkeit“ gestritten. Uns attestieren die Menschen dieses Landes am ehesten, für sozialen Ausgleich sorgen zu können. Das war unsere Aufgabe in der Vergangenheit – und wird es auch in Zukunft sein. Dafür müssen wir uns auf unsere Stärken besinnen. Dann gewinnen wir auch wieder das Vertrauen der Menschen. ■

SPD-DIREKTMANDAT IM WK 72 –

EIN REALISTISCHES ZIEL?

WAHLANALYSE. Halle (Saale), Kabelsketal, Landsberg & Petersberg haben gewählt. Sind wir als SPD mit dem Gesamtergebnis zufrieden? Keinesfalls. Aber ein differenzierter Blick in die Teilgebiete unseres Wahlkreises lohnt sich – und lässt hoffen.

>> von Christian Weinert & Thomas Stimpel, blick.punkt

ZUNÄCHST etwas Positives: Die Wahlbeteiligung im WK 72 stieg leicht von 62,6% auf 65,2%. Damit liegen wir über dem Landesdurchschnitt von 62,1%. Ein Grund die Sektkorken knallen zu lassen ist das allerdings leider noch immer nicht, denn angesichts der bundesweiten Wahlbeteiligung von 71,5% müssen wir für unseren Wahlkreis noch immer von einem Mobilisierungsproblem sprechen.

Die Betrachtung des Erststimmenergebnisses im WK 72 lässt vermuten, dass es erstens zu Wählerwanderungen innerhalb des bürgerlichen bzw. des linken Lagers gekommen ist: Konnte Bergner (CDU) bei der Wahl 2009 30,9% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen, so profitierte er 2013 mit den erreichten 36,3% zum einen vom schlechten Abschneiden von Pieper (FDP) (von 8,6% im Jahr 2009 auf 2,1% im Jahr 2013). Im linken Spektrum kann anhand der Zahlen gemutmaßelt werden, dass wir es als SPD mit unserem Kandidaten geschafft haben, Stimmenanteile wiederzugewinnen, die bei der Bundestagswahl 2009 in Richtung GRÜNE und LINKE abgewandert sind. So können wir uns bei den GRÜNEN nicht nur für die sehr gute Zusammenarbeit, sondern auch für ihre stringente Zweitstimmen-

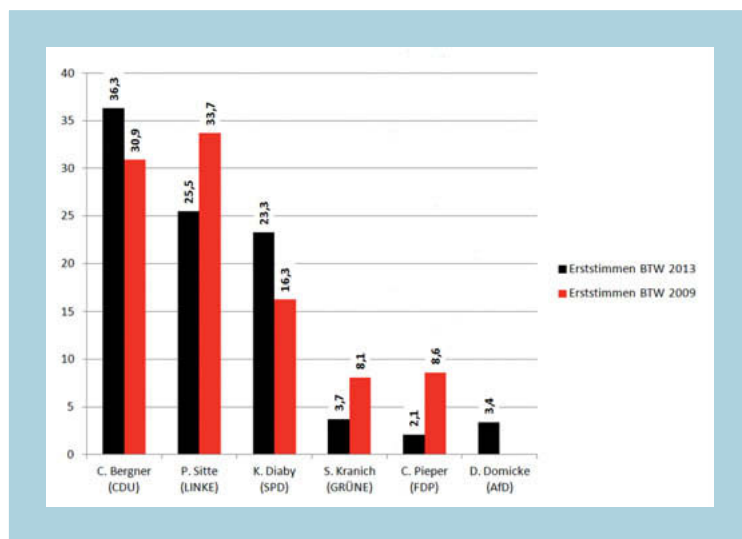


Diagramm: Vergleich der Erststimmenanteile (Namensangabe bezieht sich auf die Bundestagswahl 2013; Quelle: <http://www.bundestag.de/bundestag/wahlen/wahlkreise13/index.html?wknr=072>, die Wahlergebnisse 2009 sind auf die Wahlkreiseinteilung 2013 umgerechnet).

kampagne bedanken. Sittes Sieg bei der Wahl 2009 muss angesichts eines Verlustes von über 8% der Stimmen im Jahr 2013 wohl als einmalig angesehen werden.

Festgehalten werden muss aber zweitens, dass die Wählerwanderungen nicht ausschließlich innerhalb der Lager stattgefunden haben: Vereinte das linke Lager 2009 noch insgesamt 58,1% der Stimmen auf sich, so waren es 2013 nur noch 52,5%; das bürgerliche Lager hingegen konnte insgesamt einen leichten

Zuwachs von 39,5% auf 41,8% verbuchen.

Das zeigt uns Folgendes: Trotz der CDU-dominierten Saalekreisgebiete innerhalb des WK 72 – Bergner konnte in Kabelsketal, Landsberg & Petersberg zwischen 45% und 47% der Stimmen auf sich vereinigen – dominiert im gesamten WK noch immer eine linke Wählerschaft. Wenn aber zwei relativ gleich starke Kandidat(inn)en wie Sitte und Diaby

(Fortsetzung auf nächster Seite.)

gegeneinander antreten, wird der lachende Dritte im WK 72 wohl auch künftig die CDU sein, da sich die linken Kandidat(inn)en gegenseitig die Stimmenanteile streitig machen. Dennoch gilt: Die bürgerliche „Dominanz“, die Bergners Wahlsieg suggeriert, existiert faktisch nicht.

Was heißt das für uns Sozialdemokrat(inn)en? Wir müssen mit Blick auf 2017 aus einem starken Kandidaten einen sehr starken Kandidaten machen oder anders: Stärken weiter ausbauen und Schwächen beseitigen. Bezüglich der Wählerschaft lohnt sich deshalb ein Blick in die einzelnen Wahlbezirke. Als sozialdemokratische „Hochburgen“, in

denen Karamba den Kampf um die Erststimmen gewonnen hat, können vor allem das Paulusviertel (38,6%), die Altstadt (34,6%), die Nördliche Innenstadt (34,3%), Giebichenstein (33,9%) und die Saaleue (32,6%) bezeichnet werden. Diese fünf urbanen und durch überwiegend jüngeres Bildungsbürgertum geprägten Gebiete bilden den Grundstock für künftige sozialdemokratische Wahlsiege.

Darüber hinaus müssen wir in klassischen sozialdemokratischen Vierteln wie südliche Innenstadt oder auch Gesundbrunnen wieder deutlich zulegen, um dort den ersten Platz bei den Erststimmen zu erringen. Allerdings hilft auch das nicht,

wenn wir in der Silberhöhe, Südstadt und südlichen Neustadt nicht mehr Wähler(inn)en überzeugen und mobilisieren können. Auf diese Stadtteile, die vor allem durch eine ältere Einwohnerschaft, z.T. überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit sowie in Teilen einen hohen Anteil an Nichtwähler(inn)en geprägt sind, wird es künftig noch stärker ankommen. Wenn es uns nicht gelingt, dort mehr Erststimmen zu erhalten, werden wir auch 2017 wieder nur vom Direktmandat träumen dürfen. ●

DESASTER FÜR DIE DEUTSCHE LINKE?

AUFGABEN FÜR DIE SPD ZUR BILDUNG EINER LINKEN MEHRHEIT IN DEUTSCHLAND

PARTEI. Die Bundestagswahl hat gezeigt: Der SPD fehlt auch 2013 das Vertrauen einer erquicklichen Zahl von WählerInnen und den LINKEN und Grünen trauen die meisten (allein) nichts zu. So suchte wieder einmal ein Großteil der Bevölkerung sein Heil im Geborgenheit vortäuschenden Nest der Union. Angela Merkel hat das verbreitete Bedürfnis nach Sicherheit brillant zu nutzen vermocht. Und doch: Ein erheblicher Teil der WählerInnen hat sich für eine progressive Politik in Deutschland entschieden. Für die nächsten vier Jahre ergeben sich für die SPD hieraus existenzielle Aufgaben.

>> von Felix Peter & Clemens Wagner, Jusos Halle

AM Wahlabend der schicksalhaften Bundestagswahl 2013 einte die deutsche Linke vor allem eines: die (Schaden-)Freude über das Ende der FDP. Ansonsten blickte man in ziemlich bedröppelte Gesichter: die SPD mit minimalen Zugewinnen gegenüber dem Desaster von 2009, Grüne und LINKE mit schmerzlichen Verlusten. Insgesamt verlor das linke Lager 2,9 Prozent der Stimmen und kommt nur noch auf knapp 43 Prozent der Wählergunst. Der (rechts-)konservative Block (CDU, FDP, AfD) legte hingegen um 2,6 Punkte auf nunmehr 51 Prozent zu.

Diese Zahlen erscheinen zunächst recht harmlos. Aber der Vorsprung des rechtskonservativen Lagers ist damit auf dem höchsten Stand seit 1990! Und dies in einer Situation, in der die Kluft zwischen Arm und Reich so weit auseinander ragt, in der so viele Menschen prekär beschäftigt sind wie nie zuvor. Dennoch hat es die politische Linke nicht vermocht eine gesellschaftliche Mehrheit für eine gerechtere Politik zu erzielen. De facto haben jene eine Mehrheit, die die gesellschaftliche Spaltung voran treiben.

Ingeheim wünschte am Wahlabend der ein oder andere der CDU die absolute Mehrheit, damit niemand aus dem linken Lager in die unschöne Situation gerät, von Frau

Merkel in den nächsten vier Jahren zerrieben und wegkoalitioniert zu werden. Doch daraus wird wohl nichts: Einer muss dran glauben; mit der wahrscheinlichen Folge, dass 2017 ein linkes Bündnis von einer politischen Mehrheit weiter denn je entfernt sein könnte. Eine schallende Ohrfeige für alle progressiven Parteien in Deutschland! Doch die größte Niederlage besteht nicht einmal darin, abgestraft worden zu sein. Nein! Sie besteht darin, dass es die linken Parteien bis heute nicht geschafft haben, sich gegen den Merkelismus zusammenzurufen und ein gemeinsames progressives Projekt für Deutschland in Angriff zu nehmen.

Ja, am Zusammenrufen scheiterte es, denn an den Inhalten kann es diesmal nicht gelegen haben: Laut einer Umfrage von Infratest dimap soll sich die neue Regierung vor allem um den sozialen Ausgleich bemühen. Für die Wahlentscheidung wichtig waren die Themen angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen sowie eine gute Absicherung im Alter. Gerade bei den Löhnen und der sozialen Gerechtigkeit schreiben die WählerInnen der SPD auch deutlich höhere Kompetenzen zu, als der Union. Gewählt haben sie die SPD trotzdem nicht, sodass als Fazit festgehalten werden muss: Inhalte prima, allein es fehlt am Vertrauen darin,

dass die SPD ihre Inhalte umsetzen will und kann.

Dieses Vertrauen wieder herzustellen ist auch in den nächsten vier Jahren die Hauptaufgabe der SPD. Die Krux ist nur, dass man in der Regierungszeit verlorenes Vertrauen wohl auch nur in der Regierung und nicht in der Opposition in einem ausreichenden Ausmaß wieder herstellen kann. Die Menschen müssen es spüren können, dass die SPD tatsächlich die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist. Sie wird es aber erst in Regierungsverantwortung so richtig beweisen können. Dafür braucht es ein linkes Bündnis, denn mit der CDU wird – auch wenn sich viele BürgerInnen eine große Koalition zu wünschen scheinen – echte sozialdemokratische Politik nicht umzusetzen sein. Ein linkes Bündnis zu schmieden, das ist die zweite Aufgabe für die SPD. Allerdings muss die SPD-Spitze für diese Chance auf gesellschaftliche Veränderung ihre Blockadehaltung gegen ein linkes Bündnis aufgeben.

Nun könnte darauf verwiesen werden, dass die SPD ja bereits in der Mehrheit der Bundesländer Regierungsverantwortung trägt. Doch oftmals heißt Regierungsverantwortung in den Ländern nur noch

(Fortsetzung auf nächster Seite.)



Entstehung kreativer Ideen: Juso-Wahlkampfteam.



Der Wahlkampfbus der Bundes-Jusos zu Gast auf dem halleschen Marktplatz.



Aktiv zum Freiwilligentag.



Kultfaktor garantiert: selbstbedruckte Stoffbeutel.



Wahlkampf von Laube zu Laube.

FORTSETZUNG VON SEITE 4:

zu retten was zu retten ist angesichts der kritischen Haushaltslagen. Zähneknirschend werden Kultur-, Bildungs- und Sozialhaushalte bis hinunter in die Kommunen zusammengestrichen. Das enorme Verantwortungsbewusstsein der SPD gegenüber dem Ziel der Schuldenvermeidung wird ihr zum Verhängnis. Ändern lässt sich diese Situation nur über den Bund. Die bestehende Mehrheit von Rot-Rot-Grün im Bundesrat muss genutzt werden – und zwar nicht zur Blockade einer konservativ geführten Bundesregierung, sondern zum Gestalten. So lange aber selbst die SPD-Länderfürsten

nur auf Vorteile für ihr Hoheitsgebiet aus sind, ist über diesen Weg nicht viel zu erwarten. Eine Veränderung dieses Zustandes ist die dritte Aufgabe.

Den WählerInnen nun sogar die Schuld zuzuschieben, sollte tunlichst unterlassen werden. Dass der SPD noch nicht wieder ausreichend Menschen in diesem Land vertrauen, hat nichts mit Dummheit oder Ignoranz zu tun. Die Menschen wollen Sicherheit und die Merkel-Union erweckt meisterhaft die Illusion, dass die Menschen diese von ihr bekommen. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist in Deutschland offensichtlich gerade

größer, als das Bedürfnis nach Veränderung. Dass die Merkel-Politik langfristig die Sicherheit gefährdet, hat das linke Lager nicht überzeugend zu vermitteln vermocht. Dies zu ändern ist die vierte Aufgabe für die SPD bzw. ein linkes Bündnis.

So steht denn im Hausaufgabenheft der Sozialdemokratie: Vertrauen herstellen über ein linkes Bündnis im Bundesrat und perspektivisch auch im Bundestag und aufklären darüber, dass Sicherheit nur durch Veränderung, durch Fortschritt und Gerechtigkeit zu erhalten ist. ●

TEAM KARAMBA

WAHLKAMPFTEAM. Im kalten und verschneiten März 2013 hat sich das Wahlkampfteam konstituiert. In den darauffolgenden sieben Monaten hat ein engagiertes Team an Bewährtes angeknüpft, neue Ideen eingebracht und den zarten Versuch unternommen, einen hochmotivierten und vielerorts bekannten Kandidaten durch den Wahlkampf zu tragen.

>> von Christian Weinert, Wahlkampfleiter

MANCHE Ergebnisse des Wahlkampfteams entfalten eher eine quantitative Wirkung: 19 Wohnzimmerwahlkämpfe, acht Laube-zu-Laube-Aktionen in 21 Kleingartenanlagen unseres Wahlkreises und rund 600 erreichte Laubenpieper; in den sozialen Medien mittlerweile über 4.000 Likes bei facebook und über 800 Follower bei Twitter. Karamba Diaby belegt bei facebook bereits jetzt Platz 40 aller SPD-Politiker.

Auch medial hat dieser Wahlkampf ungeahnte Akzente gesetzt. Am Ende des Wahlkampfs stehen 90 Presseanfragen aus Deutschland, Europa und Übersee. Neben vielen überregionalen Medien aus Deutschland, interessieren sich auch Journalisten aus Österreich, Schweiz, Frankreich, Schweden, Mexiko und den USA für Karamba Diaby.

Doch nicht nur die Zahlen verdeutlichen einen ambitionierten Wahlkampf. Die Ortsvereine haben gewohnt zuverlässig die klassischen Wahlkampfinstrumente abgesichert. Das Hängen der Plakate, die Präsenz an SPD-Wahlkampfständen im Stadtgebiet und die Motivation der Mitgliedschaft. Allen Beteiligten kann dieses zeitraubende Engagement nicht hoch genug angerechnet werden.

VIER PHASEN DES WAHLKAMPFS

Der finale Abriss ist Ergebnis eines Gruppengedankens, der bereits im kalten März zu greifen begann. Analog der Kampa im Willy-Brandt-Haus hatten auch wir den Wahl-

kampf in vier Phasen eingeteilt. Eine frühe innere Mobilisierungsphase, die vorrangig die eigene Mitgliedschaft in Stimmung bringen sollte, bildete den Auftakt. Daran schlossen sich im Frühsommer die Dialogphase und im Sommer die Mobilisierungsphase an. In der Dialogphase war es erklärtes Ziel, Karamba in etlichen regionalen Vereinen und Initiativen vorzustellen und Themen aufzugreifen.

Die Mobilisierungsphase vereinte in bisher ungewohnter Weise die neuen Wahlkampfmodelle. Mit seiner Promotion zur Schadstoffbelastung in deutschen Kleingärten eröffnete Karamba die Chance auf eine besondere – eher halleche – Abwandlung des Tür-zu-Tür-Wahlkampfs. Das Team zog durch mehrere Kleingärten im Wahlkreis und lebte den Laube-zu-Laube-Wahlkampf, von dem sich auch Andrea Nahles angezogen fühlte. Komplettiert wurde das Angebot durch mehrere Wohnzimmerwahlkämpfe, die ihre Multiplikatoren faktisch in intimer Sphäre der eigenen Couch zu erreichen suchten.

Die heiße und wohl klassischste Phase des Wahlkampfs starteten wir im August. Plakate hängen, Flyer verteilen und Wahlkampfstände betreuen. Doch auch hier versuchte das Team, neue Wege zu gehen. Das „Team“ hat möglichst alles versucht, vieles erreicht – und manches gar wieder verworfen.

Unangetastet der vergangenen und ebenso ambitionierten Wahlkämpfe

orientierte sich die Zusammensetzung weniger an strukturellen Bedingungen, sondern an den speziellen Anforderungen des Wahlkampfs, den eine Gruppe im Ehrenamt und weitestgehend ohne administrativen Hintergrund zu absolvieren hatte.

AUFGABENBEZOGENE

ORGANISATION

Von Anfang an orientierten sich die Mitwirkenden an festen Aufgabenstrukturen. Jedem Mitglied wurde eine feste Aufgabe zuteil. Wir organisierten uns in einem Bündel, bei dem es Zuständigkeiten für den modernen Wahlkampf gab, Terminplanung, Layout, Aktionsplanung, Finanzen, Standplanung und Flyerverteilung, Pressearbeit, social media, technische Organisation und landesweite Vernetzung. Der Wahlkampfleiter konnte sich auf die reine Koordinierung zurückziehen und wusste sich inmitten eines motivierten Teams.

Aus der Perspektive des beginnenden Oktobers hätte einiges sicher besser laufen können. Dennoch haben wir die regionale Bekanntheit und Ausstrahlung Karambas aufgegriffen und mit weiteren Impulsen zu füttern versucht. Im Ergebnis steht eine komplett in Eigenarbeit bewältigte Layoutarbeit, die vom Kandidatenplakat, über den originalen Flyer bis hin zum gemeinsamen Flyer von SPD und GRÜNEN reichte. Die Verteilung der Flyer wurde or-

(Fortsetzung auf nächster Seite.)



MIT KARAMBA IN DEN BUNDESTAG!



Stets zentraler Teil der Terminplanung: Wahlpodien.



Erfolgreich wiederholt: Das SPD-Wohnzimmer auf dem hallechen Marktplatz.



Ein Blick hinter die Kulissen des Wahlkampfteams.



„Wir haben uns entschieden“: Unterstützung durch Einzelhandel und Gastronomie während des Wahlkampfs.

ganisiert und verschaffte Sicherheit. Die Terminplanung haben wir Karamba weitgehend abnehmen dürfen und gönnen ihm nun wieder die eigene Hoheit über den persönlichen Kalender.

Wir planteten Aktionen, vom kulinarischen Abend im winterlichen März bis zum Kinoabend mit senegalesischem Essen in Landsberg in der wohligen hochsommerlichen Abendsonne. Unsere gezielten Aktivitäten brachten Karamba bisher über 4.000 Likes ein, das im Sommer gestartete Projekt rund um Twitter mittlerweile über 800 Follower. Die Pressearbeit mutierte zur Vollzeitstelle und endete bei 90 Presseanfragen aus dem In- und Ausland. Unser

Campaigner organisierte 19 Wohnzimmerwahlkämpfe und zahlreiche Laube-zu-Laube-Aktionen. Alles unter dem wohlorganisierten Blick des Schatzmeisters.

PERSÖNLICHKEIT ZÄHLT

Die Arbeit zog ihre Motivation auch aus dem Kandidaten selbst. „Karamba“ war bereits vielen Hallenserinnen und Hallensern bekannt, die persönliche Ansprache war häufig unkompliziert, weil bereits Kontakte bestanden. Die personalisierte Form des Wahlkampfes macht auch Mut für die Zukunft in der halleschen SPD. Mit Karamba Diaby haben die Wählerinnen und Wähler einen Abgeordneten in den Bundestag gewählt,

den viele bereits persönlich kennen, der als authentisch wahrgenommen wird und in vielen Initiativen eine geschätzte Größe ist.

Mit 23,3 Prozent der Erststimmen blieb das Direktmandat vorerst ein Traum. Ein unersättlich aktiver Kandidat, der jedoch deutlich die Zahl der Zweitstimmen übertrifft, lässt erahnen, welche Anforderungen die Wählerinnen und Wähler neben den Themen noch setzen. Die persönliche Nähe und Wahrnehmung im Stadtbild. Dies sollte auch für die Zukunft und weitere Wahlkämpfe nicht zu sehr in den Hintergrund treten. Ein Anfang dafür ist gemacht. ●

NACHBARSCHAFTSWAHLKAMPF?

HATTEN WIR DOCH ALLES SCHON...

KOMMENTAR. Wenn im Wahlkampf der Begriff „Campaigner“ fiel, runzelten viele zunächst die Stirn und warfen mir fragende Blicke zu. „Und was genau machst Du?“ „Ich organisiere den Nachbarschaftswahlkampf.“ „Ah ok. Hatten wir doch alles schon. Bringt eh nichts.“

DIE Erfahrungen aus dem Bundestagswahlkampf sprechen eine andere Sprache. Der unter hohem personellem und zeitlichem Aufwand durchgeführte Nachbarschaftswahlkampf kam bei vielen Wählerinnen und Wählern gut an. Mit Blick auf unseren Kandidaten boten sich die Formen „Laube-zu-Laube“ und „Wohnzimmerwahlkampf“ geradezu an. Anstatt allein auf die bisher dominanten Komm-Formate zu setzen, ist Karamba mit seinem Team auf die Wählerinnen und Wähler zugegangen, hat sie dort besucht, wo sie sich wohlfühlen und wo sie in vielen Fällen auch für Gespräche bereit waren.

Richtig ist: Wirklich neu ist das Prinzip nicht. Zielgerichtet und systematisch auf die Menschen zugehen und sie dort abholen, „wo sie sind“, fällt als Floskel in vielen Reden oder steht in tollen Hochglanzbroschüren. Aber warum haben dann die Wählerinnen und Wähler so positiv darauf reagiert? Warum fanden sie es

gut und angenehm, bei einem Glas Wein oder ein paar Salzstangen mit einem Kandidaten über Themen zu sprechen, die sie bewegen oder sich darlegen zu lassen, welche Position unser Kandidat dazu einnimmt? Warum hat es sich gelohnt, 10 oder 20 min mit einer (eigentlich) überzeugten Nichtwählerin über ihren Gartenzaun hinweg zu diskutieren? Erstens geschah die Ansprache nicht in einer Stresssituation „zwischen Büro und Feierabend“ und zweitens fühlten sie sich persönlich ernst genommen.

Ein sehr guter Flyer und ein schönes Plakat sind wichtig und erregen Aufmerksamkeit. Jeder Like und jeder Post auf Facebook führen dazu, dass ein paar Menschen mehr von uns informiert werden; jede innerparteiliche Auseinandersetzung über Inhalte und Schwerpunkte bringt uns in unserem Anspruch weiter, für die Sachse zu streiten. Aber all diese Punkte ersetzen eines nicht: Die direkte Kommunikation mit den

>> von Thomas Stimpel, Campaigner

Menschen vor Ort, den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis, den potenziellen Wählerinnen und Wählern! Von unseren Kandidat(inn)en, Positionen und Lösungsvorschlägen überzeugen werden wir vor allem im direkten Kontakt. Es reicht nicht zu warten, bis jemand zu uns kommt. Wir müssen hingehen! Ja, das macht Mühe! Umso wichtiger ist es, Gehstrukturen nicht ausschließlich in Wahlkampfzeiten „immer neu“ aufzubauen, sondern kontinuierlich zu pflegen.

Nachbarschaftswahlkampf, in welcher Form auch immer, ist kein Wundermittel, das uns traumhafte Wahlergebnisse beschert, aber er muss wieder einen größeren Anteil im Rahmen unserer Kommunikation nach außen einnehmen. Denn wenn wir die Menschen (weiterhin) verlieren, sie nicht mobilisieren können, wählen zu gehen oder sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, verlieren wir künftig nicht nur Wahlen. ●

ALS BENJAMIN UNTER DEN BUNDESTAGSKANDIDATEN

ERFAHRUNGSBERICHT. Eigentlich ist Florian Hüfner Student, aktiver Genosse und Juso-Kreisvorsitzender im Burgenlandkreis. Zwischen dem 2. November 2012 und dem 22. September 2013 allerdings erlebte er als Direktkandidat für Berlin das Abenteuer seines Lebens. Davon berichtet er im *blick.punkt*.

>> von Florian Hüfner, Bundestagskandidat im Wahlkreis 73

MIT der Bundestagswahl am 22. September gingen für mich ereignisreiche Wochen und Monate zu Ende. In dieser Zeit durfte ich als einer der

jüngsten Kandidaten im Land viele interessante Menschen kennenlernen. Zusammen mit meinem Wahlkampfteam habe ich in der Zeit auch

unzählige lustige Momente erlebt. Insgesamt würden diese Geschichten

(Fortsetzung auf nächster Seite)

CHRISTOPHER-STREET-DAY 2013

Unter dem Motto „Mehrheit für Vielfalt: Du hast die Wahl!“ veranstalteten das BBZ „Lebensart“ e. V. und die AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e. V. den diesjährigen Christopher Street Day in Halle (Saale).

Der Höhepunkt war aber das Straßenfest am 7. September auf dem Marktplatz. Bei einem abwechslungsreichen Bühnenprogramm mit Auftritten vieler Künstler und schönem Wetter präsentierte sich auch die hallesche SPD zusammen mit den Schwusos. Das rote Zelt lud etliche Passanten zu zahlreichen vom Wahlkampf geprägten Gesprächen ein.

Die Politikrunde am Nachmittag brachte neben den anderen Kandidaten auch unseren Bundestagskandidaten Dr. Karamba Diaby (SPD) in eine heiße Diskussion, bei der Karamba deutlich machen konnte, dass die CSD-Forderungen (Ergänzung Artikel 3 GG um das Merkmal Sexuelle Identität; Öffnung der Ehe; Aktionsplan gegen Homophobie; Entschädigung der nach § 175 Verfolgten; ausreichende Finanzierung der Beratungsstellen) durchaus denen der SPD entsprechen. Aber nicht nur auf der Bühne überzeugte Karamba, sondern auch davor und danach zusammen mit etlichen Genossen in Diskussionen mit den Passanten.

Bereits am Mittwoch zuvor organisierten die Schwusos eine Diskussionsrunde im BBZ zum Thema „Coming-Out“ und leisteten damit einen wertvollen Beitrag in der CSD-Woche. Zur gut besuchten CSD-Abschlussparty in der „Theatral“ fanden jedoch eher weniger Genossen den Weg, die den anstrengenden Tag inmitten des heißen Wahlkampfes sicher lieber entspannter ausklingen ließen.

MARCEL DÖRRER

FORTSETZUNG VON SEITE 6:



Florian Hüfner bei der Verteilung von Flyern.

und Anekdoten fast ein ganzes Buch füllen.

Auch wenn der Wahlkampf im Prinzip mit meiner Nominierung im November letzten Jahres angefangen hat, haben mich vor allem die letzten, intensiven Monate geprägt. Dies waren Monate, in denen wir bei unzähligen Infoständen, beim Tür-zu-Tür- bzw. Laube-zu-Laube-Wahlkampf unmittelbar mit tausenden Menschen Kontakt hatten. Am Anfang dieser Zeit war das Interesse an der Bundestagswahl im Allgemeinen und das Interesse an meiner Person im Besonderen noch sehr gering. Dabei musste ich auch damit kämpfen, dass ich naturgemäß als junger Kandidat weit weniger bekannt war als Roland Claus (Linke) und Dieter Stier (CDU),

welche beide schon im Bundestag saßen.

Das hat sich dann aber mit Fortschreiten des Wahlkampfes geändert. Dies begann mit dem frühzeitigen, flächendeckenden Hängen von Plakaten. Diese anderthalb Wochen des Plakathängens waren für mich persönlich die mit Abstand körperlich anstrengendste Zeit des gesamten Wahlkampfes. Nach über 2.000 Plakaten hatte ich mich geistig schon von den Jusos verabschiedet und wollte gleich in die AG60+ wechseln. Aber die veränderten Reaktionen an den Infoständen haben gezeigt, es hat sich gelohnt. Danach konnte ich wieder mit neuer Kraft in die letzten Wochen des Wahlkampfes starten.

Neben vielen interessanten Gesprächen und lustigen Begebenheiten an den vielen klassischen Infoständen war für mich der Tür-zu-Tür-Wahlkampf ein besonderes Erlebnis. Am Anfang war ich selbst sehr skeptisch, wie die Menschen wohl reagieren würden. Daher habe ich zunächst auch lieber die Gärten des Wahlkreises unsicher gemacht. Schließlich habe ich mich dann doch überreden lassen, es einmal selbst auszuprobieren.

Beim ersten Mal waren die Reaktionen recht ernüchternd. Doch danach lief es besser und jede sich öffnende Tür hielt neue Überraschungen bereit. Seien es besonders nette oder besonderes feindselige Reaktionen oder auch nur die Begegnung mit Menschen, die Türen öffneten. Ich glaube, jeder sollte dies einmal selbst ausprobieren.

Zusammenfassend waren die schönsten Erlebnisse immer solche, bei denen ich die Wählerinnen und Wähler überzeugen konnte, dass ich zwar jung bin, aber eben nicht zu jung. Demgegenüber war der ernüchterndste Moment eine Aussage meines Mitbewerbers Dieter Stier, der auf einem Wahlforum allen Ernstes sagte, dass er gerne auch für vier Euro die Stunde arbeiten ginge. Schon allein dafür hätte er es verdient gehabt, nicht wieder gewählt zu werden. ●



BILANZ ÜBER ZWEI ARBEITSREICHE JAHRE

STADTVORSTAND. *Liebe Genossinnen und Genossen, auf dem Stadtparteitag am 12.10.2013 wurde ein neuer Stadtvorstand gewählt und das ist immer der Moment, an dem Rechenschaft abzulegen ist. In den letzten zwei Jahren hat unsere SPD in Halle viel geleistet. Wir haben Veranstaltungen angeschoben und durchgeführt. Wir haben öffentliche Themen diskutiert und uns mehr und mehr für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern geöffnet. Auch wenn der Hauptteil dieser Arbeit bei den Ortsvereinen liegt, hat der Stadtvorstand in seiner Arbeit viele eigene Akzente gesetzt. Ich möchte euch hier nur an ein paar Punkte aus dem umfangreichen Arbeitsprogramm des Stadtvorstandes erinnern.*

>> von Katja Pähle, stellv. SPD-Stadtvorsitzende

WIR haben in den letzten 24 Monaten zwei Wahlkämpfe gestemmt. Mit viel Engagement und Einsatz von Kandidaten und Partei haben wir um jede Stimme in unserer Stadt geworben. Leider waren wir dabei nur in der Bundestagswahl erfolgreich. An dieser Stelle noch einmal einen herzlichen Glückwunsch an Karamba Diaby zum Einzug in den Bundestag und einen herzlichen Dank an Kay Senius für seinen persönlichen Einsatz als unser Kandidat zur OB-Wahl. Nicht nur im Wahlkampf sondern als ständige Aufgabe hat der Stadtvorstand thematische Veranstaltungen organisiert, um Bürgerinnen und Bürger in die politische Diskussion einzubeziehen. Dabei reichte das Spektrum unserer Veranstaltungen von dem Thema „Kleingärten in Halle“ bis zum Thema „Quo vadis Kulturförderung?“. Weiterhin haben wir uns selber bei vor Ort Besuchen

informiert. Aus dem Besuch beim THW ist ein Kontakt entstanden, der über den Besuchstermin hinaus mit Leben gefüllt werden konnte. Der Besuch auf dem Halle-Leipziger Flughafen zusammen mit den Genossinnen und Genossen des Leipziger SPD-Stadtvorstandes hat allen Beteiligten interessante Einblicke gewährt. Dieser neu aufgebaute Austausch sollte auch zukünftig gepflegt und weiter ausgebaut werden, bietet dies doch die Chance den eigenen Blickwinkel zu erweitern. Neben den Besuchen hat sich der Stadtvorstand in Halle aber zu wichtigen Themen auch Gäste eingeladen. Ich möchte hier beispielhaft an die Diskussion zum Finanzausgleichsgesetz mit Jens Bullerjahn oder den Austausch mit den Vertretern des Aktionsbündnis MLU erinnern. Des Weiteren haben wir mit verschiedenen Veranstaltungen in diesem Jahr unser 150.

Parteiubiläum gefeiert. Die Ehrung von Franz Peters und die Ausstellung der FES im Volkspark haben die große Tradition unserer Partei deutlich gezeigt und unser Straßenfest in der Märkerstraße hat gezeigt, dass wir diese Tradition auch selbstbewusst feiern. Danke an alle, die sich daran beteiligt haben! Und wir haben einmalige und wiederkehrende Termine mit Leben gefüllt – den Neujahrsempfang von Stadtratsfraktion und Stadtvorstand, die Kundgebung des DGB zum 1. Mai, die Veranstaltung des DGB zum internationalen Frauentag, das Neumitgliedertreffen, die Mitgliederversammlungen zur Wahlauswertung und Kandidatenvorstellung. Das alles und noch einiges mehr haben wir im Stadtvorstand organisiert und umgesetzt. Allen die daran beteiligt waren einen großen Dank. Mir hat es Freude gemacht! ●



VOLKER SCHWERDTNER

Volker Schwerdtner, Jahrgang 1991, fand im Herbst 2012 durch sein Chemiestudium den Weg in die Saalestadt – ein in Halle fast schon „klassischer“ Weg. Seitdem ist er Mitglied des Ortsvereins Halle-Nordost. Volker ist jedoch schon etwas länger Mitglied der SPD. 2009 trat er, schockiert von dem Wahlergebnis und der Mehrheit für Schwarz-Gelb, in die SPD ein. Damals noch in seiner Heimatstadt Stade.

Nicht unbedingt einladend war dort der Empfang: „Wollt ihr euch das wirklich antun?“ – entgegnete der Ortsverein Stade zu Volker und seinem gleichzeitig der SPD beigetretenen Zwillingbruder. Anders – besser – lief dies dann in Halle: Angekommen im „neuen“ Ortsverein luden ihn die hiesigen Jusos schnell zur Mitarbeit ein. Art und Weise der inhaltlichen Debatten taten ihr Übriges: „Da wir nicht über völlig abstruse Sachen diskutiert haben, dachte ich mir, ‚Hier kann man bleiben!‘.“

Vor seinem Studienbeginn im Wintersemester 2012/2013 war Volker ein Jahr als Volontär in Palästina und Israel. Inhaltlich interessieren ihn vor allem Wirtschaftspolitik und lokale Politik vor Ort. Bereits als Schülerrat ging es ihm um eine Demokratisierung der Schülerschaft. Schon damals störte ihn, wenn mit persönlichen Feindseligkeiten auf inhaltliche Differenzen geantwortet wird: „Man muss mit Kritik in der Sache umgehen können.“ Und wodurch ist sein politisches Engagement motiviert? „Weil man vielleicht doch den verwegenen Traum hat, die Welt verbessern zu können.“

Auf dem Stadtparteitag vom 12. Oktober 2013 wurde er zum Beisitzer im halleischen SPD-Stadtvorstand gewählt.

OLIVER HARTUNG

HOCHWASSERSCHUTZ

– ABER MIT VERSTAND UND WEITSICHT

STADTRATSFRAKTION. Das Hochwasser im Juni dieses Jahres hat uns vor Augen geführt, wie wichtig der Hochwasserschutz auch für unsere Stadt ist. Mit Blick auf die Ereignisse gilt es die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen – mit Verstand und Weitsicht.

>> von Johannes Krause, Vorsitzender SPD-Stadtratsfraktion Halle

NOCH immer sind die Bilder der unermüdbaren Helferinnen und Helfer während der Tage des akuten Hochwassers eindrücklich. Tausende Hallenserinnen und Hallenser, Bürgerinnen und Bürger aus dem Umland sowie unzählige Einsatzkräfte haben angepackt und verhindert, dass größere Schäden entstanden sind.



Ankerstraße während des Hochwassers (Foto: Felix Peter).

Das Hochwasser hat uns gezeigt, dass der Gimritzer und Passendorfer Damm am Übergang zur Neustadt eigentlich nie wirklich in der Lage war, die Sicherungsfunktion eines Damms zu erfüllen. Sie waren in diesem Jahr die verwundbarsten Punkte in unserer Stadt. Allerdings hat schon das Hochwasser im Jahr 2011 gezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Sowohl das Land, aber insbesondere auch die Stadtverwaltung, und hier Dagmar Szabados als Oberbürgermeisterin, waren seit diesem Ereignis nicht untätig – auch wenn Oberbürgermeister Dr. Wiegand dies bisweilen glauben machen will.

Der Blick über das gesamte Stadtgebiet zeigt aber, dass nicht nur Halle-Neustadt in Gefahr war. Auch andere Orte in der Stadt haben unsere Aufmerksamkeit über die Tage des Hochwassers hinaus verdient. Deshalb ist es nur zu begrüßen, wenn die Stadtverwaltung mit den Erfahrungen des diesjährigen Hochwassers ihre Krisen- und Katastrophenintervention optimiert und anpasst. Denn es hat sich gezeigt, dass manche Orte aus dem Blick geraten sind. Erinnerung sei hierbei an die Ortschaft Lettin oder die Anlage um den Osendorfer See.

Bei Letzterem sind die Anlagen noch immer überflutet. An eine Nutzung der dortigen Sportanlagen ist noch lange nicht zu denken. Die Abpumparbeiten beginnen erst. Jetzt

stellt sich die Frage, wie wir in Zukunft mit der dortigen Anlage umgehen bzw. inwieweit eine Weiternutzung machbar ist. Für den letzteren Fall warten wir als ehrenamtliche Stadträtinnen und Stadträte nun auf die Ausarbeitungen aus der Stadtverwaltung. Deren Expertise kann eine fundierte Diskussion ermöglichen. Grundsätzlich ist die Kritik der dortigen Sportstättennutzer berechtigt. Sie fühlen sich benachteiligt. Deshalb ist eine zeitnahe Entscheidung sinnvoll, damit weitere Schritte eingeleitet werden können.

Auch an einem anderen Ort ist das Wasser so weit vor gedrungen wie seit Jahrzehnten nicht: in die Klausvorstadt. Sowohl die Klausbrücke als auch die Straßen westlich des Robert-Franz-Rings waren überspült. Ein Anblick, den wir alle miteinander bislang nicht kannten. Das Beispiel zeigt, wie leichtfertig der eigenmächtige Deichbau des Oberbürgermeisters im Juli – ohne dessen Konsequenzen ausreichend zu bedenken – war. Es darf bezweifelt werden, dass der neue, von Herrn Dr. Wiegand favorisierte Deichverlauf die Situation in der Altstadt bei einem vergleichbaren Hochwasser entspannen würde. So zumindest kann man aktuelle Aussagen der Verantwortlichen des Landesbetriebes für Hochwasserschutz interpretieren.

Zum notwendigen Neubau eines Damms zum Schutz von Halle-Neustadt wurde bereits Vieles gesagt. Sogar Gerichte wurden mit der Angelegenheit befasst. Wir als Stadträtinnen und Stadträte haben im Sonderstadtrat im September kritische Fragen gestellt, die die grundsätzliche Lage zum Hochwasserschutz betreffen und auch solche, die das eigenmächtige, aus unserer Sicht nicht Gesetz konforme Handeln des Oberbürgermeisters hinterfragten. Für uns steht fest, dass jeglicher Hochwasserschutz nicht ohne Rücksprachen und Folgeabschätzungen erfolgen kann. Dabei dürfen die berechtigten Bedenken von Anwohnerinnen und Anwohnern nicht gegeneinander ausgespielt werden bzw. Entscheidungsfindungen nicht unter falschem Druck erfolgen. Das Land tut gut daran, beim Neubau des Damms alle Konsequenzen zu bedenken und trotzdem rasch zu

handeln. Das meint auch, die gesamte Lage über die Stadtgrenzen hinaus im Blick zu haben. Hochwasserschutz muss in einem abgestimmten Prozess erfolgen und sollte nicht denjenigen bevorteilen, der Tatsachen schaffen will.

Zudem kann es vom derzeitigen Standpunkt aus keineswegs als gesichert gelten, dass der Neubau der Eissporthalle komplett aus Fluthilfemitteln bestritten werden kann. Der Oberbürgermeister tut so, als hätte er für die Stadt Halle hinderliche Schranken unbürokratisch beseitigt und viele Vereine verlassen sich auf sein Wort. Was aber passiert, wenn die Fluthilfemittel nicht eins zu eins für den Neubau der Eissporthalle eingesetzt werden können? Deshalb stehen wir im kontinuierlichen Austausch mit den betroffenen Vereinen, die derzeit die berechtigte Hoffnung haben, dass die Zusagen auch eingehalten werden.

Das Thema Hochwasserschutz hat den Stadtrat auch nach dem Hochwasser des Jahres 2011 beschäftigt – genauso den Landtag. Auch die diesjährigen Ereignisse werden Konsequenzen haben. Das Land wird im kommenden Jahr die Bauarbeiten zum Bau eines neuen Damms entlang von Neustadt beginnen. Inwieweit der neue Dammverlauf den Planungen, die im Auftrag des Oberbürgermeisters im Juli umgesetzt werden sollten, entspricht, steht noch nicht zu hundert Prozent fest. Es bleibt zu hoffen, dass die zahlreichen Baumfällungen nicht umsonst wa-



Sicherung des Gimritzer Damms mit Sandsäcken (Foto: Felix Peter).

ren. Fest steht aber schon jetzt, dass wir als Stadträtinnen und Stadträte uns weiterhin dafür stark machen werden, dass eine Lösung im Interesse der betroffenen Parteien an beiden Ufern der Saale gefunden wird. ■

SPD VOR ORT: „ALLTAGSRASSISMUS?“

Am 03. Juli 2013 lud der SPD-Stadtverband Halle (Saale) in der Reihe „SPD vor Ort“ interessierte Hallenser(innen) zum Thema „Rassismus in der Mitte der Gesellschaft?!“ in die „Goldene Rose“ ein. Die über 60 Zuhörer(innen) erlebten eine anregende Diskussion zum Thema.

Prof. Dr. em. Elmar Brähler, Co-Autor der „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, nutzte die Gelegenheit, um die Ergebnisse der Studien vorzustellen, wonach Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit alarmierend stark in der Mitte unserer Gesellschaft verwurzelt sind. Dass rassistische Überzeugungen keineswegs nur an den sogenannten Rändern der Gesellschaft anzutreffen sind, konnte Anne Mehrer (Mitte-einwanderer e. V.) aus ihren tagtäglichen Erfahrungen im Bereich der Aufklärungs- und Präventionsarbeit zeigen.

Den Medien kommt bei der Sensibilisierung für rassistische Tendenzen eine wichtige Rolle zu. Als Korrespondent der Süddeutschen Zeitung warf Cornelius Pollmer u. a. einen kritischen Blick auf die schemenhafte Darstellung des Neonazismus in Ostdeutschland, wie sie z.B. DER SPIEGEL in seinem Artikel über Halle als „Hochburg der Rechtsradikalen“ skizzierte. Karamba Diaby fasste den Abend zusammen: „Es ist wichtig, dass wir Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem begreifen, und es ist fatal, das Problem nur auf bestimmte Regionen zu beschränken. Die vorgestellten Studien zeigen, dass wir von der ‚Mitte‘ reden müssen, wenn wir erfolgreiche Aufklärungs- und Präventionsarbeit leisten wollen. Alltagsrassismus geht uns alle an!“

MARCUS SCHLEGELMILCH

JUSOS GESTALTEN STÄDTEFREUNDSCHAFT

KARLSRUHE. Die Juso-Verbände aus den Partnerstädten Halle (Saale) und Karlsruhe trafen sich für vier Tage im schönen Karlsruhe. Doch wie kam es dazu? Und was lässt sich bei einer Städtepartnerschaft alles erleben und entdecken?

>> von Jeff Klemm, Jusos Halle (Saale)

SPD VOR ORT: „ASYLRECHT IN DEUTSCHLAND“

Flüchtlingsströme aus den Bürgerkriegszentren in Syrien, überfüllte Boote mit Menschen aus den ärmsten Regionen der Welt – die weltweiten Fluchtbewegungen haben zahlreiche Facetten. Wie wird in Deutschland mit Flüchtlingen umgegangen? Der deutsche Diskurs um Flüchtlings- und Ausländerpolitik ist von Angst und Abgrenzung geprägt. Die halesche SPD diskutierte deshalb mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern am 25. Juli 2013 das Thema „Asylrecht in Deutschland – Grundrecht für alle oder nur für Willkommene?“ Das Podium war mit Gästen aus Politik und Wissenschaft sowie mit Zeitzeugen vielversprechend besetzt. Prof. Dr. Winfried Kluth, Leiter des Schwerpunktbereichs Migrationsrecht an der MLU, verschaffte einen Einblick in das Asyl- und Ausländerrecht – das durch den schleswig-holsteinischen SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Ralf Stegner in einen größeren politischen Zusammenhang und an einigen Stellen in Frage gestellt wurde. Beispiel: Doppelte Staatsbürgerschaft. Hier bereicherte die Jura-Studentin Rushba Ibrahim, die als Kind mit ihrer Familie aus Syrien geflüchtet war, die Debatte. Sie und ihre Familie erhielten aufgrund einer Ausnahmeregelung die doppelte Staatsbürgerschaft.

Karamba Diaby plädierte dafür, die Spielräume für die Aufnahme von Flüchtlingen zu erweitern. Vor allem Armutsflüchtlingswürde bisher zu wenig geholfen. Auch Fragen nach unserer Willkommenskultur, den Rahmenbedingungen von Integration sowie administrativen Hürden bei der Einbürgerung wurden intensiv diskutiert. Die gelungene Zusammensetzung des Podiums und die versierte Moderation von Prof. Dr. Everhard Holtmann erwiesen sich als beste Zutaten für eine informative und kurzweilige Veranstaltung.

TINA WIESNER

MEIST entsteht eine gute Idee unverhofft oder wird gar von außen herangebracht. Die Idee für einen Juso-Austausch mit unserer Partnerstadt Karlsruhe stammte von Inge Schmid, der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden von Heidelberg im Landkreis Karlsruhe. Über den ihr bekannten Jonas Ganter, der ursprünglich aus dem Raum Karlsruhe kommt und nun in Halle (Saale) studiert, sollte die Idee gedeihen und schließlich umgesetzt werden. Man darf vorwegnehmen: Organisation und Umsetzung verliefen reibungslos. Schnell fanden sich zehn reiselustige halesche Jusos, die

die Fahrt in Richtung Karlsruhe antreten wollten.

DONNERSTAG, 25. JULI 2013: „ZWEI JUSO-VERBÄNDE AM SEE“

Pünktlich erreichten wir das uns für die Tage bereitgestellte Einfamilienhaus von Annette Niesysto, luden das Gepäck ab und erledigten den ersten Einkauf. Gleich darauf wollten wir uns bereits mit den Karlsruher Jusos treffen.

Die erste geplante Aktion galt selbstverständlich dem Kennenlernen. Und wo könnte man dies besser zelebrieren als an einem See? Also

fuhren wir zum nur wenige Kilometer entfernten Epplesee. Ein schönes, verlängertes Wochenende konnte beginnen.

Nach und nach stießen weitere Karlsruher Jusos zu uns. Beim Abkühlen im See, beim Fußballkick oder beim Beisammensitzen lernten die beiden Verbände einander kennen. Große Hürden gab es dabei nicht zu überwinden. Beide waren neugierig aufeinander, wie die ausgelassene Stimmung zeigte. Daher fand der Vorschlag, den Abend bei einem leckeren Cocktail ausklingen zu lassen, breite Zustimmung.



Rathaus Karlsruhe: Jusos Halle und Jusos Karlsruhe zusammen mit dem Vorsitzenden der SPD Karlsruhe, Parsa Marvi und dem SPD-Oberbürgermeister von Karlsruhe, Frank Mentrup (beide Bildmitte).
(Foto: Felix Peter)

FREITAG, 26. JULI 2013: „DIE LANDESHAUPTSTADT STUTTART UND DAS KARLSRUHER NACHTLEBEN“

Im Mittelpunkt des zweiten Tages stand der gemeinsame Besuch der Landeshauptstadt Stuttgart. Dort nahmen wir die Möglichkeit wahr, den Landtag von Baden-Württemberg zu besuchen. Johannes Stober, SPD-Landtagsabgeordneter, ermöglichte es uns, die wichtigsten Räumlichkeiten des Landtages selbst zu betreten und mit ihm ins Gespräch zu kommen.

Im Anschluss blieb noch etwas Zeit, sich in Stuttgart aufzuhalten: Während die einen spontan eine Ausstellung über die Geschichte der RAF besuchten, nahmen die anderen wiederum die Gelegenheit wahr, den Bahnhofsturm zu erklimmen und sich aus 56 m Höhe einen großräu-

migen Überblick über die Stadt und ihre Großbaustelle zu verschaffen.

Wieder zurück in Karlsruhe nutzten wir die Möglichkeit, die Initiatorin des Austausches, Inge Schmid, kennenzulernen, und uns persönlich bei ihr für ihren Anstoß und ihre Unterstützung zu bedanken.

Am Abend sollte dann das Nachtleben Karlsruhes erkundet werden. Erst setzten wir uns im Badisch Brauhaus zusammen, ehe wir nach einem Spaziergang durch die lebendigen Straßen Karlsruhes einen Club suchten.

SAMSTAG, DEN 27. JULI 2013: „KARLSRUHE ERLEBEN“

Nachdem wir am Vortag bereits mit dem Landesparlament Baden-Württembergs eine wichtige politische Institution erkunden durften, sollten zwei weitere folgen: Zuerst

stand der Besuch des Karlsruher Rathauses auf dem Plan. Dabei wurden wir vom frisch gebackenen SPD-Oberbürgermeister Frank Mentrup empfangen, begleitet und informiert. Wer von uns wusste etwa, dass unsere Partnerstadt am Reißbrett entworfen wurde und im Stadtkern einen fächerartigen Aufbau aufweist?

Für einen schönen Ausblick erklimmen wir zudem noch den 51 m großen Rathausturm. Der im März 2013 ins Amt eingeführte Oberbürgermeister, für den das selbst die erste Tour durch seinen Amtssitz war, nahm sich anschließend Zeit, mit uns zu plaudern. Unsere Gastgeschenke, einen Bildband über Halle und – wie sollte es anders sein – eine Packung Hallorenkugeln, nahm er freudig entgegen.

(Fortsetzung auf nächster Seite.)

Am Nachmittag erkundeten wir die Karlsruher Innenstadt auf eigene Faust. Vom Rathaus aus war es nicht weit bis zum Platz der Grundrechte. Dort zieren 24 Schilder zum Thema Recht und Unrecht die Straße. Von dort lässt sich bereits die Größe und Schönheit des Karlsruher Schlosses mitsamt Schlossplatz und Garten erahnen. Ein Wasserbrunnen und die gepflegte Parkanlage luden uns zum Verweilen ein. Nicht unweit vom Schlossplatz liegt zudem das Bundesverfassungsgericht.

Nach den Besichtigungen war es mal wieder an der Zeit, selbst politisch aktiv zu werden. Also stand Häuserwahlkampf mit dem 31-jährigen, aus dem Iran stammenden Karlsruher Bundestagskandidaten Parsa Marvi auf der Tagesordnung. Wir teilten die Straßen auf, die Gruppen ein und zogen los. Trotz der hohen Temperaturen versuchten wir die Karlsruher auf den Bundestagskandidaten für die SPD aufmerksam zu machen. Mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg.

Und auch am Abend sorgten die Jusos Karlsruhe wieder für eine gelun-

gene Abrundung eines spannenden Tages: Gemeinsam feierten wir einige Geburtstage in einem Jugendclub der Stadt, unter anderem mit Spezialitäten aus dem mitteldeutschen Raum.

SONNTAG, DEN 28. JULI 2013: „INHALTE, AUSTAUSCH UND ABSCHIED“

Dass wir aus dem Land der Frühaufsteher kommen, konnten wir am letzten Tag unter Beweis stellen. Um das Haus der Hauseigentümerin sauber zu hinterlassen, galt es, rechtzeitig aufzustehen, die sieben Sachen zu packen und den Staubsauger über Teppich und Parkett sausen zu lassen. Der Gastgeberin hinterließen wir einen kleinen Präsentkorb und einen Dankesbrief.

In einer von der AWO zur Verfügung gestellten Räumlichkeit stand dann nochmals ein inhaltlicher Austausch an. Zuerst hörten wir einen Vortrag von Thomas Utz, der zum Thema Finanzmarktkrise referierte. Im Bezug zur nahenden Bundestagswahl kam auch Parsa Marvi nochmals vorbei. Mit ihm und den Jusos Karlsruhe-Stadt tauschten wir uns

über den Wahlkampf in den beiden Partnerstädten intensiv aus.

Den Schlusspunkt bildete die Auswertungen der ereignisreichen Tage. Die Mitglieder beider Juso-Verbände äußerten sich durchgehend positiv zum Pilotprojekt. Wir Jusos aus Halle freuen uns jetzt schon auf den Karlsruher Gegenbesuch im Frühling 2014.

Großer Dank gilt abschließend nochmals unserer Sponsorin und Ideengeberin Inge Schmid sowie Annette Niesyto, die uns ihr Haus als Unterkunft zu Verfügung stellte, den Karlsruher Jusos für die Rundumsorglosbetreuung und Jonas Ganter, der unsererseits das Zepter für die Bewerbstellung dieses wunderbaren Wochenendes in die Hand nahm. Ohne diese Personen wäre dieser Ausflug sicherlich nie realisiert worden! •

SEIT 10 MONATEN IM AMT

HALLE. Zum 01. Oktober 2013 konnte Halles Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand auf die ersten 10 Monate seiner Amtszeit zurückblicken – Anlass genug, ein Zwischenfazit zu ziehen.

>> Marcus Schlegelmilch & Andrej Stephan, blick.punkt-Redaktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für ein Interview nehmen.

Herzlich gern.

Ein Jahr nach der Oberbürgermeisterwahl und fast ein Jahr nach Amtsantritt: Welches vorläufige Resümee lässt sich ziehen, was haben Sie bisher auf den Weg gebracht?

Gemeinsam mit dem Stadtrat ist es uns gelungen, für das Haushaltsjahr 2013 einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen und die Erfordernisse der Doppik umzusetzen. Dadurch können jetzt Vereine und freie Träger unterstützt werden. Außerdem kann die Stadt dringend benötigte Fördermittel abrufen. Derzeit wird der Haushaltsplan für 2014 in den Gremien beraten – wieder ausgeglichen und genehmigungsfähig. Unser Ziel ist es, den Haushalt im Dezember zu beschließen. Ein ausgeglichener und genehmigter Haushalt ist Voraussetzung für die kommunale Selbstver-

waltung unserer Stadt. Die drohende Einsetzung eines Sparkommissars haben wir damit verhindert. Mit der Verwaltungsreform zu Beginn meiner Amtszeit haben wir außerdem Strukturen verschlankt und zahlreiche Aufgaben gebündelt. In den Dienstleistungszentren stehen Bürgern und Unternehmern nun zentrale Ansprechpartner für ihre Anliegen zur Verfügung. Im September hat der Stadtrat zudem beschlossen, das Zentrale Gebäudemanagement wieder in die Verwaltung einzugliedern. Nicht zuletzt haben uns Themen wie der erste Bürgerhaushalt der Stadt, die Begrünung des Marktplatzes und die Bewirtschaftung der Brunnen mit städtischen Mitteln beschäftigt. Am Steintor wird zudem – mit der Sanierung des Stadtbades und der Jugendherberge – ein neues attraktives Ensemble entstehen.

Bei der Hochwasser-Katastrophe im Juni mussten wir einen Damm verteidigen, der nicht mehr funktionsfä-

hig ist. Das Land ist zwar für den Bau eines neuen Deiches zuständig. Doch die Planungen sind heute auf dem gleichen Stand wie nach dem Hochwasser im Jahr 2011. Wir können die Bürger von Halle-Neustadt nicht schutzlos lassen. Deshalb werde ich nicht aufhören, den sofortigen Bau eines neuen Damms zu fordern, mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln.

Soweit vielleicht zu den aus Ihrer Sicht bereits angegangenen Angelegenheiten.

Ihnen schlägt aber auch Kritik entgegen...

Ein Fehler zu Beginn meiner Amtszeit war sicher, dass ich – trotz Widerstandes – nicht an den regelmäßigen Besprechungen mit den Fraktionsvorsitzenden festgehalten habe. Jetzt tauschen wir uns wieder alle zwei Wochen aus – und die Gespräche sind konstruktiv. Auch wenn der Vorsitzende der SPD-Fraktion dieses

(Fortsetzung auf nächster Seite.)



KIRCHNERSTRASSE

Zu den eher wenig vorzeigbaren und entsprechend stiefmütterlich behandelten Straßen in Halle zählt die Kirchnerstraße zwischen der Merseburger Straße und dem Südeingang des halleischen Hauptbahnhofes. Die Balkone der oberen Altbauetagen der einen Hälfte des Straßenzuges bieten einen „romantischen“ Blick auf ausgedehnte Gleisbettanlagen, die Plattenbauten an der Vorderfront gegenüber dem Maritim-Hotel genießen bis heute, im Andenken an die legendären Feten des Juso-Veteranen Stefan „Motte“ Lehmann, einen Ruf wie Donnerhall.

Mit Gustav Adolf Theodor Kirchner (1805-1895) ehrt die Kirchnerstraße freilich auch einen hiesigen Kommunalpolitiker von echtem Schrot und Korn. Kirchner, der Sohn eines Inspektors in den Franckeschen Stiftungen, wurde nach seinem Jura-Studium 1833 zum Stadt syndikus gewählt, was ihn sozusagen zum Kämmerer der Stadt machte – in verschiedenen Ämtern, etwa als Chef von Armen-Direktion und Gottesacker-Verwaltung, machte sich Kirchner fast 40 Jahre (!) lang um die Saalestadt verdient. Er dürfte zudem zu den ersten Verantwortungsträgern gehört haben, die mit einem Amtsverständnis, das öffentliche Sprechstunden vorsah, auftraten. Diesen Verdiensten entsprechend, ehrte die Stadtverordnetenversammlung ihn bereits 1872, bei seinem Ausscheiden aus öffentlichen Ämtern, mit der Ehrenbürgerschaft, und ebenfalls unmittelbar nach seinem Tod im Alter von 1895 mit der bis heute gültigen Straßenbenennung.

ANDREJ STEPHAN

SPD AKTIV



ORTSVEREINE

HALLE-MITTE

Andreas Schmidt (Vors.)
schmidt_and@web.de

HALLE-NEUSTADT

Klaus-Dieter Weißenborn (Vors.)
kdweihns@freenet.de

HALLE-NORDOST

Detlef Wend (Vors.)
wendette2@yahoo.de

HALLE-NORDWEST

Thomas Wünsch (Vors.)
thomas.wuensch@googlemail.com

HALLE-SÜD

Burkhard Feißel (Vors.)
burkhardfeissel@aol.com

STADTVERBAND

STADTVORSTAND

Christian Weinert (Vors.)
Katharina Hintz (Stellv.)
Katja Pähle (Stellv.)
Michael Groß (Finanzer)
Christian Anneck
Oliver Hartung
Susanne Krohn
Franca Meyer
Volker Schwerdtner

GESCHÄFTSSTELLE

Stefan Will (RGF)
Adrienne Heide (Mitarb.)

KONTAKT

Adolf-Reichwein-Haus
Große Märkerstraße 6
06108 Halle (Saale)
www.spd-halle.net
rg.sued@spd.de

STADTRATSFRAKTION

VORSTAND

Johannes Krause (Vors.)
Katharina Hintz (Stellv.)
Klaus Hopfgarten (Stellv.)

GESCHÄFTSSTELLE

Andreas Schmidt
Burkhard Feißel
Stadthaus
3. Etage, Zugang über Fahrstuhl
im Innenhof

KONTAKT

Stadthaus
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)
spd.fraktion@halle.de
www.spd-fraktion-halle.de

FORTSETZUNG VON SEITE 10:

Gesprächsangebot nicht nutzt, arbeite ich mit vielen Mitgliedern der SPD-Fraktion sehr gut zusammen. Darauf möchte ich aufbauen und gemeinsam mit der Fraktion an konkreten Sachthemen arbeiten.

Zu den zuletzt genannten Spannungen im Stadtrat kommen wir später. Welche Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit wird inzwischen den Beigeordneten eingeräumt? Wie sind, gemessen am Beispiel der Kulturbeigeordneten Marquardt, gelegentliche Verweise auf das Büro des Oberbürgermeisters zu interpretieren?

Die Beigeordneten arbeiten selbstständig; grundsätzlich mischt sich der OB nicht ein. Es gibt aber Themen, die aufgrund ihrer Bedeutung für die Stadt von mir begleitet werden. Die Zukunft der Theater, Oper und Orchester GmbH (TOOH) ist so ein wichtiges Thema und war es bereits vor dem Amtsantritt von Frau Dr. Marquardt. Deshalb werde ich weiterhin die Verhandlungen mit Herrn Dorgerloh führen.

Was sind Baustellen für die nächsten zwei, drei Jahre, wenn der Haushalt im Dezember 2013 verabschiedet werden wird?

Eine wichtige Aufgabe bleibt die Entschuldung der Stadt. Außerdem möchten wir den Konserngedanken innerhalb der Stadt weiter stärken. Und wir werden weiter intensiv daran arbeiten, die TOOH bei Erhalt aller Sparten zukunftsfähig aufzustellen, auf der Grundlage eines Kulturkonzepts des Landes.

Lassen Sie uns vom Thema Kultur zur Zukunft der Universität wechseln. Vonseiten der Protestierenden ist Ihnen regelmäßig vorgehalten worden, Sie würden zwar an Demonstrationen teilnehmen, sich aber nicht aktiver und offensiver einbringen. Warum tun Sie sich so schwer, sich den Protesten anzuschließen?

Mir sind konkrete Projekte zur Stärkung der Universität wichtig. Deshalb haben wir in der Verwaltung den Fachbereich Wissenschaft eingerichtet. Dort wurde gemeinsam mit der Universität eine Kooperationsvereinbarung erarbeitet, die vor wenigen Wochen unterschrieben wurde und konkrete Vorhaben für das kommende Jahr benennt. Gemeinsames Ziel ist es, junge Men-

nen nach dem Studium in Halle zu halten, zum Beispiel auf der Basis von Existenzgründung. Unabhängig davon muss das Land nun ein Wissenschaftskonzept mit klar definierten Zielen vorlegen.

Zurück zur Situation im Stadtrat: Sie haben in den vergangenen Monaten oft von „alten Kräften“ gesprochen. Lassen wir das mal beiseite. Ist es nicht bemerkenswert, dass Sie, wie zuletzt, mittlerweile auch von Stadträtinnen und Stadträten kritisiert werden, die Sie im vergangenen Jahr noch unterstützt haben. Sabine Wolff (Neues Forum) hat zuletzt erhebliche Kritik an Ihnen geübt...

Alle Oberbürgermeister, allen voran Richard Robert Rive, hatten harte Auseinandersetzungen mit dem Stadtrat. Das ist normal, denn Stadtrat und Oberbürgermeister bilden gemeinsam die Verwaltungsorgane der Stadt Halle. Die Kritik von Frau



Rathshof Halle: Sitz des Oberbürgermeisters.

Wolff zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes ist legitim, weil sie an der Sache orientiert ist. Problematisch finde ich Kritik, die darauf abzielt, strategische Köpfe in meinem Umfeld zu beschädigen.

Sie wurden in der Presse mit der Aussage zitiert, dass die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Sie „politisch motiviert“ seien. Zweifelnd Sie an der Unabhängigkeit der Justiz?

Da zitieren Sie mich falsch.

Nochmal: Sie haben von einem Verfahren gesprochen, das politisch motiviert sei... Das Verfahren hat einen politisch motivierten Hintergrund, es beruht auf einem Schreiben der Stadtratsfraktionen CDU, SPD und FDP.

Lassen Sie uns zum Verhältnis mit der Landespolitik wechseln. Welche konkreten Projekte für Halle haben sich bis dato aus Ihrem Austausch mit den jeweiligen Mi-

nisterien ergeben?

Die Zusammenarbeit mit den Ministerien ist konstruktiv und zielorientiert. Das Innenministerium unterstützt uns zum Beispiel intensiv bei der Beseitigung der Hochwasserschäden im Bereich Sport; Finanzminister Bullerjahn begleitet uns in Fragen des Entschuldungskonzeptes und der Standortentwicklung; mit Kultusminister Dorgerloh stehe ich zur TOOH in regelmäßigem Kontakt. Aufgrund des Stillstandes beim Bau des neuen Damms entlang der Halle-Saale-Schleife werfe ich dem zuständigen Umweltminister Untätigkeit vor.

Erlauben Sie uns eine konkrete Frage zum Thema Sport: Im Sportausschuss ist jüngst der Eindruck geäußert worden, trotz intensiver Begleitung von Bauvorhaben durch die Stadt sei gerade im Freizeit-sportbereich das Vertrauen in das Fließen städtischer Zuschüsse nicht gerade überbordend. Wie wird sich aus Ihrer Sicht mittelfristig die Sportlandschaft in Halle entwickeln, welches Verhältnis von Spitzen- und Breitensport ist dabei angedacht?

Das muss im Rahmen einer Sportprogramm-Konzeption diskutiert werden. Im Leistungssport brauchen wir Schwerpunktsportarten; das könnten die Ballsportarten und Eishockey sein. Auch

die gezielte Entwicklung der Sportkomplexe Brandberge, Robert-Koch-Straße und Halle-Neustadt wird dabei eine Rolle spielen – genauso wie die Qualität der Sportschulen. Im Freizeitbereich sind wir als Stadt bemüht, bei der Planung und Umsetzung von Vorhaben zu unterstützen. Vereine finden im Fachbereich Sport und im Sportausschuss kompetente Ansprechpartner.

Letzte Frage: Wird es zur Kommunalwahl eine Unterstützerliste für Bernd Wiegand geben?

Ich habe nicht vor, mit einer eigenen Liste anzutreten. Ich möchte mit den Fraktionen im Stadtrat zusammenarbeiten.

Herr Oberbürgermeister, vielen Dank für das Gespräch! ●

SACKGASSE: KÜRZUNGSDIKTAT

DAS NEUVERSCHULDUNGSVERBOT SCHNÜRT DEN LÄNDERN UND KOMMUNEN DEN HALS ZU

FINANZEN. Seit 2009 schwebt über Bund und Ländern das Damoklesschwert der Schuldenbremse. In diesem Jahr beschlossen Bundestag und Bundesrat jenes Instrument, welches den Ländern ab 2020 die Aufnahme neuer Schulden zur Finanzierung ihrer Haushaltsdefizite verbietet. Für den Bund gilt bereits ab 2016 eine Kreditaufnahmegrenze von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Ziel dieses in der Verfassung festgeschriebenen Instruments ist die Begrenzung der Staatsverschuldung. Dass dies tatsächlich funktioniert, ist nach derzeitigem Stand stark zu hinterfragen.

>> von Clemens Wagner & Felix Peter, Jusos Halle

In Zeiten, in denen die Aufstellung der öffentlichen Haushalte immer stärker an mittel- und langfristigen Prognosen orientiert wird, vermisst man eines besonders: die mittel- und langfristigen Prognosen für die volkswirtschaftlichen Folgeschäden des Kürzungsdiktats. Allein im Bildungssystem fehlen nach Einschätzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schätzungsweise 56 Mrd. Euro pro Jahr; die für die Reparatur der maroden Verkehrsinfrastruktur jährlich fehlenden Mittel beziffert eine extra eingesetzte Kommission der Verkehrsministerkonferenz auf über 7 Mrd. Euro.

Man muss kein Haushälter sein um sich ausrechnen zu können, dass dringend notwendige Investitionen bspw. in Bildung oder Infrastruktur, die in die Zukunft verschoben werden, dort nicht billiger sein werden. Um das mittlerweile überstrapaziertere Bild der schwäbischen Hausfrau zu bedienen: Diese weiß, dass sie es sich nicht leisten können, die Leck geschlagene Wasserleitung erst im nächsten Jahr zu reparieren, denn bis dahin wird viel Wasser durch die Wasseruhr gelaufen sein und auch die Reparaturkosten werden im kommenden Jahr erfahrungsgemäß höher ausfallen. Und wenn sich ihr Mann ein neues Auto kaufen muss, so bleibt ihm oft nichts anderes übrig, als dies über Kredit zu finanzieren. Ansonsten müsste er dafür sehr lange sparen und so dürfte eine solche Anschaffung länger auf sich warten lassen, als der deutschen Wirtschaft lieb sein sollte.

Nun ist der Staat bekanntlich weder Hausfrau noch Hausmann. Er finanziert sich völlig anders, hat völlig andere Aufgaben und muss wesentlich mehr Menschen im Blick haben. Der Vergleich hinkt also gewaltig. Hinzu kommt, dass er eng mit einem sehr sensiblen Organismus – Volkswirtschaft genannt – verflochten ist. Wird an einem Rädchen im Staatsbetrieb gedreht, drehen sich ebenso Rädchen im Wirtschaftsbetrieb mit. Würde der Staat mal eben die Ausgaben zusammenstreichen, weil die Steuereinnahmen infolge einer Wirtschaftskrise geringer ausge-

fallen sind, so würde er die Wirtschaftskrise schlimmstenfalls noch verstärken. Denn jeder Euro weniger – sei es über den Arbeitslohn oder als Investitionen in Straßen oder Hochwasserschutz – steht dann dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf nicht mehr zur Verfügung: 50 Euro weniger Lohn, heißt 50 Euro weniger für Kaffee, Konsum oder Kultur, heißt weniger Steuern und Sozialabgaben, weniger Einnahmen in allen Sektoren der Wirtschaft, heißt in der Folge Entlassungen und Belastungen der Sozialkassen.

Nun wird bei dem Bild der schwäbischen Hausfrau, das Finanzpolitiker gerne zeichnen („sie kann nur das ausgeben, was sie hat“), immer so getan, als handele es sich um Lu-



xusausgaben, von denen wir uns verabschieden müssten. Dahinter steckt die Ideologie eines „schlanken Staates“, der zufolge Hochschulen und Universitäten der blanke Luxus sind, Theater und Opern erst recht, ein Schulsystem, das jedem die gleichen Chancen einräumt, sowieso und privatwirtschaftlich ist natürlich besser als staatlich organisiert.

Es ist aber mit Sicherheit keine Luxusausgabe, das Bildungssystem möglichst gut auszustatten und zwar so, dass alle eine Chance haben, an der Gesellschaft teilzuhaben und ihren Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Das ist ein sozialdemokratisches Ideal! Doch es gelingt momentan nicht. Das System „produziert“ noch viel zu viele „Bildungsversager“, denen nicht ermöglicht wird,

die Gesellschaft später zu bereichern – die quasi institutionell gezwungen werden, von Transferleistungen zu leben. Das kommt schon auf mittlere Sicht teuer. Und zur Infrastruktur: Hierbei handelt es sich um die Lebensadern unserer Gesellschaft und der Wirtschaft. Lassen wir den Investitionsstau hier zu groß werden, werden die Kosten die Haushalte in absehbarer Zeit so stark überfordern, dass eine Bewältigung kaum mehr möglich wird. Ein wesentlicher Standortfaktor droht so verloren zu gehen. Deutschland lebt von der Substanz. Das muss in die Köpfe der Menschen, die größtenteils noch der Meinung sind, dass alles prima läuft.

Alles läuft prima? „Wenn sich im Verhältnis zwischen Bund und Ländern nichts ändert, droht in Deutschland ein flächendeckender Länderbankrott“, kommentierte jüngst DIE ZEIT den 2019 auslaufenden Solidaripakt II und die gleichzeitig startende Schuldenbremse für die Länder. Wir befinden uns bereits mitten in einer Abwärtsspirale, die von der Schuldenbremse noch beschleunigt wird: Der Kürzungszwang, dem sich Bund und Länder ergeben haben – und die Kommunen werden ohnehin ungefragt verpflichtet –, führt zu einem Ausverkauf der öffentlichen Kultur, seien es Theater oder Bibliotheken. Er wälzt stetig mehr und mehr Kosten für die öffentliche Daseinsvorsorge, bspw. beim öffentlichen Nahverkehr, direkt auf die Bürgerinnen und Bürger ab. Er verhindert einen effektiven Hochwasserschutz, was im Katastrophenfall zu einem Vielfachen seiner Kosten führt.

Bund und Länder schnüren sich und den Kommunen mehr und mehr den Hals zu, wenn sie nicht gleichzeitig für eine Neuordnung der Bund-, Länder- und Kommunalfinanzen sorgen. Die Schuldenbremse als Instrument des Kürzungsdiktats allein führt in eine Sackgasse. Erst eine verbesserte Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte könnte einen Ausgleich bewirken. Davon ist die Politik derzeit aber noch weit entfernt. Hoffen wir, dass sie aufwacht, damit sich die Prognose der ZEIT nicht erfüllt. ●



INHALTLICHE ARBEIT

AG BILDUNG (AFB)

Katharina Brederlow (Vors.)
 Hans-Joachim Hein (Stellv.)
 Felix Peter (Stellv.)
 katharina.brederlow@t-online.de
 www.spd-halle.net

AG JURISTEN (AsJ)

Thomas Wünsch (Sprecher)
 Oliver Hartung (Stellv.)
 thomas.wuensch@googlemail.com
 www.spd-halle.net

AG JUSOS

Felix Peter (Vors.)
 Marcel Muschter (Stellv.)
 Clemens Wagner (Stellv.)
 www.jusos-halle.de
 kontakt@jusos-halle.de

AG 60PLUS

Norwin Dorn (Vors.)
 norwin.dorn@t-online.de
 www.spd-halle.net

AK KULTUR

Günter Kraus (Vors.)
 spd.fraktion@halle.de
 www.spd-fraktion-halle.de

AK SCHWUSOS

Marcel Dörner (Vorstand)
 Christian Weinert (Vorstand)
 Jens Abendroth (Vorstand)
 schwusos-halle@arcor.de
 www.schwusos-sachsen-anhalt.de

AK STADTENTWICKLUNG

Eyk Hasselwander (Vors.)
 spd.fraktion@halle.de
 www.spd-fraktion-halle.de

JUSO-HOCHSCHULGRUPPE

Paul Hoyer (Sprecher)
 Christian Annecke (Stellv.)
 www.jusos-halle.de
 hsg@jusos-halle.de